ANGEMERKT

Meinungen zur Zeit & Geschichte

Nr. 15 / 2017

Was ist für der Deutschen Vaterland

UNBEDEUTEND,

WAS IST BEDEUTEND?

Großes Lavieren angesagt - Was ist noch BEDEUTSAM?

Donald Trump auf allen Kanälen, der neue US- Präsident: Der Brutalste und Gemeinste gewinnt - Was ist noch BEDEUTSAM? -

• Von Karlsruhe hört man: Die rechtsextreme NPD ist verfassungsfeindlich, aber bedeutungslos für ein Verbot.

• Der scheidende Bundespräsident Gauck spricht von Verteidigung der "liberalen Demokratie", aber verlangt "mehr deutsches Engagement in der Welt".

• Deutsche Politiker bekennen glühende Europäer zu sein und bedauern, den sich auftuende immer größere Abgrund zwischen traumhaften Reichtum und bitterer Armut, sind aber treibende Kräfte hinsichtlich einer Ausplünderung der griechischen Bevölkerung.

• CDU/CSU, SPD und Grüne erklären nichts gegen Russland im Schilde zu führen, aber stehen für den NATO- Aufmarsch an der Ostgrenze.

• Der Thüringer AfD- Chef Höcke sorgt in Dresden wieder mit Aussagen zum Holocaust für Empörung, aber wurde erst im Oktober 93prozentiger Mehrheit seiner Parteifreunde zum Chef gewählt.

• In Berlin schicken Medien und Politik und Verwaltung einen von LINKEN nominierten Staatssekretär Holm in die Wüste, aber beteuern es sei unpolitisch.

Ob in Karlsruhe, bei Gauck, NATO, Höcke, Holm - immer geht es doch auch um die Geschichte in Deutschland und der Welt

Das Potsdamer Abkommen

I. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

Staaten von
lkskommis-

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen

(II) Das **deutsche Volk** muß überzeugt werden, daß es eine **totale militärische Niederlage erlitten** hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich

geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die **Nationalsozialistische Partei** mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu **vernichten;** alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiederauferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) **Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf**

GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Der Fachmann staunt, der Laie wundert sich: Ja was denn nun, ist das alles in Karlsruhe unbekannt?

Artikel 139

[Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften]

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Lavieren in Karlsruhe

Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hatte das Scheitern des Verbotsantrags mit der geringen Bedeutung der NPD begründet. Die Partei verfolge zwar verfassungsfeindliche Ziele, aber es fehle an konkreten Anhaltspunkten dafür, dass ihr Handeln zum Erfolg führen könne. - Eine Begründung, die wohl für politisch unbedarfte deutsche Wohlstandsbürger gedacht sein dürfte. Und so wird es wohl auch im Sinne eines der Gegners eines NPD- Verbotes, dem **Chemnitzer Politologen Jesse** in Sachsen weiter gehen. Vor allem NICHT ANTIFASCHISTISCH soll's in Sachsen sein, er hatte es der CDU schon 2008 gerate. Und das galt für Polizei, Justiz und Verwaltung.

Versagt vor der Geschichte – Zum NPD-Verbotsurteil

An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes, so sicher auch am bevorstehenden 27. Januar, werden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten in denen man die Verbrechen des deutschen Faschismus benennt und ein „Nie wieder!“ verspricht.
Aber wenn es darauf ankommt, die Konsequenzen aus den Millionen Opfern dieses verbrecherischen Regimes zu ziehen und zwar die allereinfachste und naheliegendste, nämlich dass die dafür verantwortlichen politischen Kräfte nie Gelegenheit erhalten dürfen einen erneuten Anlauf zur Errichtung eines ähnlichen menschenfeindlichen Regimes zu errichten, wird versagt.

Es wird aber nicht einfach aus Unvermögen, sondern, wenn man das Anti-Verbots- Trommelfeuer der letzten Monate in Politik und Medien betrachtet, es wird vorsätzlich versagt.
Eine neo-nationalsozialistische Partei soll es in Deutschland geben dürfen, das ist die Quintessenz all dieser Aktivitäten.

Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus gehören auch die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre bei denen die NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steuermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben.

Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen keinen Anspruch auf Legalität. An dieser Lehre der Geschichte halten wir fest.
Cornelia Kerth Bundesvorsitzende
Karlsruhe, 17.01.17

Das NPD-Urteil ist bedauerlich falsch

Die rechtsextreme Partei hätte verboten werden müssen - nicht obwohl sie derzeit sehr klein und bei Wahlen unbedeutend ist, sondern gerade deswegen.
Das Urteil klingt plausibel, es ist trotzdem bedauerlich falsch. Es lehnt ein Verbot der NPD ab, weil diese Partei derzeit zu klein, zu unbedeutend, zu wenig wirkkräftig sei. Aber diese Partei ist giftig; und dieses Gift kann die Gesellschaft vergiften.
Die NPD hätte verboten werden müssen - nicht obwohl sie derzeit sehr klein und bei Wahlen unbedeutend ist, sondern gerade

deswegen. Niemand hätte beim Verbot behaupten können, dass da eine Art Konkurrentenschutz für die anderen Parteien betrieben wird. An einer kleinen, zerstrittenen, aber bösartigen Partei hätte gezeigt werden können, dass es eine Linie gibt, die eine Partei, ob klein oder groß, nicht überschreiten kann, ohne das Parteienprivileg zu verlieren.
Es hätte gezeigt werden können, dass eine Partei, ob klein oder groß, nicht unter dem Schutz dieses Privilegs aggressiv kämpferisch gegen das Grundgesetz und seine Grundwerte auftreten darf.
Ein Parteiverbot wäre ein Akt der Prävention gewesen
Karlsruhe hätte am Beispiel der kleinen NPD sagen können: Bis hierher kann der politische Kampf gehen, aber nicht weiter (und die NPD geht weit über die Linie hinaus). So ein Urteil wäre nicht etwa lächerlich gewesen, sondern gerade in Zeiten des aggressiven Rechtspopulismus notwendig und vorbildlich. Es wäre ein Signal gewesen gegen diesen aggressiven Rechtspopulismus. Dessen Gehässigkeiten sind ja zum Teil identisch mit denen, die in der NPD propagiert werden. Ein Parteiverbot wäre ein Akt der Prävention gewesen...

Süddeutsche Zeitung / 17. 1. 2017
Kommentar von Heribert Prantl

"Ein tragischer Tag für die Demokratie"

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am Dienstag einen erneuten Antrag auf ein Verbot der rechtsradikalen NPD abgelehnt hat, mehren sich Stimmen des Bedauerns.
"Heute ist ein tragischer Tag für die wehrhafte Demokratie", sagte der Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitee, **Christoph Heubner**.

Süddeutsche Zeitung / 17.1.2017

Die NPD feiert das Scheitern des Verbotsantrags als "Sieg"
Die NPD hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als Erfolg gefeiert. Auf Facebook erklärte sie: "Der konsequente Einsatz für Volk und Vaterland kann weitergehen!", und auf Twitter schrieb der Bundesverband: "Sieg!!!!!!"

Die Karikatur eines Führers - Wer wird belächelt?

Björn Hocke dürfte sich ins Fäustchen lachen. Der Thüringer AfD-Chef weiß aus Erfahrung, wie leicht es ist, den Rest der Republik zu provozieren. Dazu reicht es schon, ein Deutschlandfähnchen in einer ARD-Talkshow auf der Sessellehne auszubreiten. Größer ist die Wirkung noch, wenn man sich deutsche Erinnerungskultur vornimmt und in einer aufpeitschenden Rede eine „Wende um 180 Grad" fordert.
Ort und Zeit seines Auftritts waren passend gewählt. Wenige Stunden zuvor war das NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht durchgefallen. Und dass sich Hocke via Internet ausgerechnet aus einem Brauhaus heraus an seine Anhänger wenden konnte, spricht angesichts eines historischen Vorbilds vor fast 100 Jahren in München für sich...
Von Höckes herbeigesehntem „vollständigen Sieg der AfD" ist die Partei noch ein ganzes Stück entfernt. Sie muss erst mal in den Bundestag gelangen. Mit Hocke an vorderster Front ist ihr bislang nur ein anderer Platz sicher: als Lachnummer in der ZDF-„Heute-Show". Freilich wurden einst auch die Reden eines anderen vermeintlichen Komikers müde belächelt - bis dessen Partei 1933 die Macht ergriff, den Endsieg anvisierte und das Land ins Verderben stürzte.

Tino Moritz, Freie Presse

Derweil

Nach seiner unsäglichen Dresdner Rede gab es vor allem Kritik an AfD-Mann Björn Hocke. Dabei war ausgerechnet sein Einheizer Jens Maier ein umstrittener Jurist am Landgericht Dresden mindestens genauso fragwürdig.

Höcke wackelt, aber fällt nicht

Die AfD ist mit den Äußerungen des Thüringers zum Holocaustgedenken überfordert

Die AfD sagt selbst, sie wolle in der Öffentlichkeit gezielt provozieren. Björn Höcke hat mit seiner Dresdner Rede nun aber vielleicht den Bogen überspannt. Doch Rauswurf heißt das noch längst nicht.

Von Robert D. Meyer

Björn Höcke dürfte gewusst haben, welches mediale Echo seine Dresdner Rede erzeugt. Die Republik spricht wieder einmal über die AfD, zwingt der Öffentlichkeit eine Debatte von rechts auf. Soweit dürfte der kalkulierte Eklat im Sinne der Parteispitze sein. Sie hat es selbst beschlossen. In einem Strategiepapier vom Dezember. Das Prinzip: Schlechte Nachrichten sind besser als würde niemand

ringer und Gedenk einen nicht nur ideologische Schnittmengen.

Letztlich geht es auch um die Frage, wer in der AfD die Macht hat. Deshalb ist es nicht verwunderlich, von wem bisher die schärfste Kritik kam. Parteichefin Petry erklärte in der Rechtspostille »Junge Freiheit«, dass Höcke mit seinen Alleingängen und ständigen Querschüssen zu einer Belastung für die Partei geworden sei. Quasi wortgleiches hatte Petry vor gut einem Jahr gesagt, als sie Höcke nach dessen Äußerungen über den »lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp« letztlich erfolglos aus der Partei werfen wollte.

Wie damals, so kann sich der völkische Nationalist wieder seiner Par-

Ein Richter nimmt sich Höcke zum Vorbild

Wie ein umstrittener Jurist am Landgericht Dresden mit der AfD in den Bundestag einziehen will

Nach seiner umstrittenen Dresdner Rede am Dienstag gab es vor allem Kritik an AfD-Mann Björn Höcke. Dabei war ausgerechnet sein Einheizer an diesem Abend mindestens genauso fragwürdig.

Von Robert D. Meyer

Sachsens Justiz hat unter zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht den besten Ruf: Immer wieder spielen Gerichte im Freistaat eine unrühmliche

tikuliert. Die Aussage stammt von Jens Maier. Er ist Richter am Landgericht Dresden und bekennender Anhänger des AfD-Politikers Björn Höcke, wie spätestens seit Dienstag bekannt ist. Als die öffentliche Kritik an der Dresdner Rede des Thüringer Landeschefs heftiger wurde, meldete sich Maier zu Wort. Höcke habe mit »klaren Worten die Situation in diesem Land erklärt«, woraufhin sich seine Gegner nicht anders zu helfen wüssten, als »die ‚Nazi‘-Keule« herauszuholen und

deutsche Erinnerungskultur in den Saal schmetterte, durfte Maier als Anheizer die Stammtischseele streicheln. Er befindet sich für die Rechtspartei im Bundestagswahlkampf, tritt für die AfD sogar als Direktkandidat in der sächsischen Landeshauptstadt an. Solch ein Auftritt ist also auch Werbung in eigener Sache.

Thematisch ebnet Maier Hauptgast Höcke den Weg. Der Richter ist überzeugt: Nach dem Zweiten Weltkrieg habe in Deutschland eine »Um-

gut in Erinneru NPD noch im sie unisono, De nen anderen schichte. Auch gida-Mitstreiter forderte 2015 Reichspogrom lich. »Schluss sein. Offenbar Ansichten Höc ner Rede noch derzeit sei d

Immer wieder spielen Gerichte im Freistaat eine unrühmliche Rolle, wenn es um Strafverfahren gegen Linke geht, oft im Kontext von Anti-Rechts-Protesten. Bevor der Thüringer im Ballhaus Watzke seine Hasstiraden gegen die deutsche Erinnerungskultur in den Saal schmetterte, durfte **Berufsrichter Jens Maier** als Anheizer die Stammtischseele streicheln. Er befindet sich für die Rechtspartei im Bundestagswahlkampf, tritt für die AfD sogar als Direktkandidat in der sächsischen Landeshauptstadt an. Der Richter ist überzeugt: Nach dem Zweiten Weltkrieg habe in Deutschland eine »Umerziehung« stattgefunden, weshalb in der Folge nun Schreihälse »Nie wieder Deutschland« riefen. »Ich erkläre hiermit diesen Schuldkult für beendet, für endgültig beendet.« Es sind Worte, wie sie den Dresdnern noch gut in Erinnerung sein dürften. Als die NPD noch im Landtag saß, erklärte sie unisono, Deutschland brauche einen anderen Blick auf seine Geschichte.

Karlsruhe im Studierzimmer?

Was aus dem Gerichtssaal am 17. Januar zu vernehmen war, erinnert an den Dialog Schüler / MEPHISTOPHELES in Goethes FAUST/ Im Studierzimmer / Der Tragödie Erster Teil

Schüler: *Zur Rechtsgelehrsamkeit kann ich mich nicht bequemen.*

MEPHISTOPHELES:

Ich kann es Euch so sehr nicht übel nehmen, / Ich weiß wie es um diese Lehre steht.

Es erben sich Gesetz' und Rechte / Wie eine ew'ge Krankheit fort; Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte, / Und rücken sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage; / Weh dir, dass du ein Enkel bist!

Vom Rechte, das mit uns geboren ist, / Von dem ist leider! nie die Frage.

Mithin in Karlsruhe - Alles wie gehabt in der Tragödie Erster Teil.

Seltsam, wann wieder kommen? EXTRA3

Kabarettsendung 19. Januar 2017
Kabarettist **Christian Ehring** zum Karlsruher Urteil: **Ja, NPD verfassungsfeindlich ABER noch nicht groß genug**

Ist die Argumentation des Gerichts:

NPD GEFÄHRLICH aber UNBEDEUTEND

nicht etwas seltsam... Wie wenn ich zum Arzt gehe und der sagt: Ich habe Sie untersucht. Es ist Krebs. Aber der Tumor ist noch ganz klein. - Kommen Sie wieder, wenn der Tumor größer geworden ist.

Es bleibt ein seltsames Gefühl!

Und außerdem noch für Deutschland bedeutsam?

Mit seinem großen Herzen für die Freiheit ist unser Bundespräsident kürzlich zur Feier von »Ein Jahr Maidan« nach Kiew gereist und hat sich zünftig - »Je suis Maidan« -mit Führern faschistischer Milizen, alten Bandera-Terroristen, dem Schokoladenpräsidenten, dem Boxer von der Konrad-Adenauer-Stiftung und mit Julia »die-Bandscheibe« Timoschenko untergehakt.

Eulenspiegel 4/15

Gauck fordert mehr deutsches Engagement in der Welt

Berlin. Bundespräsident Joach
Gauck hat zum Ende seiner fü
jährigen Amtszeit die Vertei
gung der Demokratie und ei
stärkere Rolle Deutschlands in d
Welt angemahnt. Angesichts vo

Bundeswehr bricht nach Litauen auf

Linkspartei kritisiert »aggressives Verhalten« der NATO in Osteuropa

Oberviechtach. Die Bundeswehr verlegt eine Panzertruppe nach Litauen, um Russland militärisch abzuschrecken. Im Auftrag der NATO sollen bis Ende Februar bis zu 600 Soldaten, 26 Panzer und 170 weitere militärische Fahrzeuge nur 100 Kilometer von der russischen Exklave Kaliningrad entfernt sta

Verlegte Unvernunft

René Heilig warnt vor militärischem Stärkegefühl an Rus

Nun wird es ernst. Deutsche Panzergrenadiere machen
Auftrag auf den Weg nach Litauen. Bis zu 600 Soldaten mit ihrer Kamp
technik beziehen Stellungen unweit der russischen Grenze.
Eskalation ist selten eine Momentsache. Man nähert sich jenem Pun

Protest am Truppenübungsplatz Lehnin

Eine große weiße Friedenstaube auf blauem Grund - das riesige Transparent ist zehn Meter breit und gut 30 Meter hoch. An einer Hebebühne flattert es leicht im Scheinwerferlicht.

Der Bundestagsabgeordnete Harald Petzold (LINKE), von Beruf Musiklehrer, spielt auf seiner Geige das in der DDR so populäre Kinderlied »Kleine weiße Friedenstaube«.

Einige Zuhörer singen mit: »Kleine weiße Friedenstaube, fliege übers Land. Allen Menschen, groß und kleinen, bist du wohlbekannt.«

Foto: dpa/Ralf Hirschberger

Acht Milliardäre und Milliarden Arme

Acht Männer besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, sagt Oxfam. In einer Studie beschreibt die Organisation, wie sich die Wohlstandsschere immer weiter öffnet. Und zeigt auf, wie das geändert werden könnte.

VON STEFAN MAUER

DAVOS – Noch nie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte war der Wohlstand weltweit so ungleich verteilt wie heute. Das ist das Ergeb-
nis einer Studie, die die
lungsorganis
Start d
Davos v
fam zusa
sitzen die
der Welt
meinsam e
gen wie die
der Mensch
zent der Me
nach seit 2015
Rest. Zugrunde
ten aus verschi
Oxfam zusamm
Finanzagentur
fentlicht übrigens
ste und kommt zu
nissen. Vor einem J
errechnet, dass das V
reichsten Menschen
ren Hälfte der Weltbev
spreche. Neue Daten, B
China und Indien, hätten aber ge-
zeigt, dass die Ärmeren deutlich we-
niger Vermögen besitzen als ange-
nommen, hieß es nun.

Die Daten zeigen, dass die Ungleichheit über die Zeit zugenom-

gleichheit politische und unternehmerische Fehlentwicklungen verantwortlich. Sie fordert, dass Staaten stärker kooperieren, anstatt gegeneinander in einen Wettbewerb um niedrigste Unternehmenssteuern zu

75 Milliarden – Bill Gates, USA, Microsoft

Bezos, USA, Amazon FOTO: WARREN/DPA

44,6 Milliarden – Mark Zuckerberg, USA, Facebook FOTO: FELIX/DPA

43,6 Milliarden – Larry Ellison, USA, Oracle FOTO: MABANGLO/DPA

40 Milliarden – Michael Bloomberg, , USA, Bloomberg FOTO: BLACKWELL/DPA

Tim Helu, Mexiko, Povil FOTO: PIPER/DPA

Konstantin Wecker: In Zeiten immer höherer Kapitalkonzentration in immer weniger Händen ist Konzernkritik wichtiger den je.

In einer Gesellschaft, in der man Empathie mehr oder weniger abgeschafft hat, die ausschließlich auf Konkurrenz- und Leistungsdruck basiert, sind Katastrophen scheinbar unabwendbar. Doch es ist wichtig, nein, es ist sogar unsere Pflicht, etwas zu tun.
(Aus Coordination gegen BAYER- Gefahren)

Kritik an der Rechnung von Oxfam

Oxfam veröffentlicht immer zum Weltwirtschaftsforum in Davos ihren Ungleichheitsvergleich. Und jedes Jahr gibt es Kritik, vom britischen

Vermögen die ärmste Hälfte der Welt besitzt. Nach ihrem Verständnis entspricht das Vermögen der Summe der Ersparnisse nach Abzug aller Schul-

Die Birnen, zu denen Oxfam greift, stehen auf der sogenannten Forbes-Liste. Das US-amerikanische Magazin „Forbes" publiziert einmal im Jahr ein

Zur Sache
ANGEMERKT

Wie Thärichen, Leipzig / Steuer, Chemnitz - nun Holm, Berlin
In der Schlange der
ENDLOSABRECHNUNG

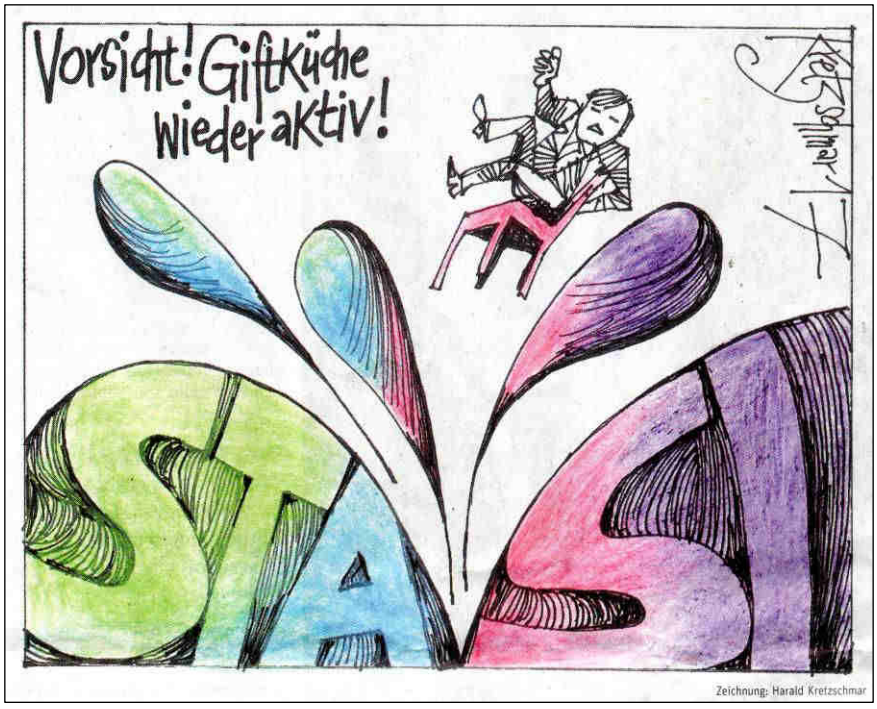
Stasi-Fall: Staatssekretär Holm tritt zurück

Umstrittener Politiker kommt Entlassung durch Berliner Senat zuvor

BERLIN – Der wegen seiner Stasi-Vergangenheit umstrittene Berliner Bau-Staatssekretär Andrej Holm tritt zurück. „Heute ziehe ich eine Reißleine", schrieb der von der Linkspartei benannte, parteilose Politiker am Montag auf seiner Internetseite. Damit kam er einer von Regierungschef Michael Müller (SPD) geforderten Entlassung aus dem rot-rot-grünen Senat zuvor.

Andrej Holm
Linken-Politiker

FOTO: KLAUS-D. GABBERT/CPA



Zeichnung: Harald Kretzschmar

Das System Knabe & Co kennt kein Pardon

In Berlin war Andrej Holm eine kurze Zeit ein von Linken in Berlin vorgeschlagener Staatssekretär im Senat. Am 16. Januar er trat als Baustaatssekretär zurück. Die Immobilienhaie können jubeln, gemeinsam mit Hubertus Knabe, dem fleischgewordenen DDR-Hasser. Er spielte offensichtlich wieder den Zielzuweiser.
Dass Andrej Holm als Abiturient im Herbst 1989, mit 19, beim Wachregiment der Staatssicherheit seinen Grundwehrdienst begann – mit der Perspektive, hauptamtlicher Tschekist zu werden -, ist bekannt. Er hat es selbst vor etlichen Jahren öffentlich gemacht und erklärt.

Den Studenten der Humboldt-Universität in Berlin die gegen »die politische Entscheidung, Andrej Holm als kritischen Wissenschaftler und Dozenten an unserem Institut zu entlassen« protestierten, wurde erklärt, dass er im Fragebogen nach der Stasizugehörigkeit ein Kreuz an der falschen Stelle ein Kreuz gemacht zu haben. Also muss er vom Arbeitgeber, die HU Berlin entlassen werden.

Foto: dpa/Paul Zinken

Springers „Blätterwald" und die „Vergangenheitsdeuter der DDR" von Berufs wegen, liefen dennoch Sturm. Und Koalitionspartner die LINKEN in Berlin, SPD und Grüne knieten vor ihnen nieder. Auch die Linken machten eine mickrige Figur. Universitätspräsidentin Sabine

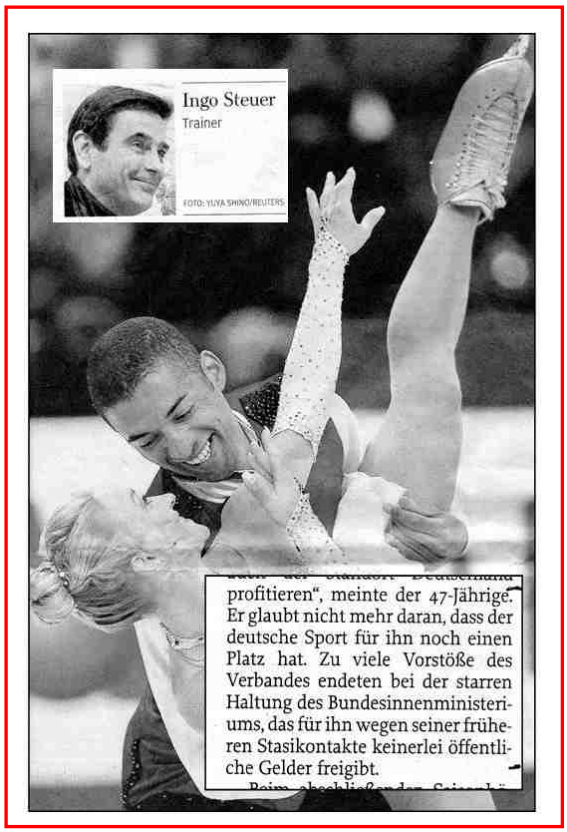
Kunst wirft dem Stadtsoziologen Holm arglistige Täuschung vor. Andrej Holm wird auf einen Fragebogen reduziert. Ein Kreuz an der falschen Stelle wirt als Grund vorgeschoben und heuchlerisch. Alles hat wenig mit Korrektheit zu tun. - Es ist ein weiteres Beispiel für eine vom Hass geprägte "DDR- Geschichtsaufarbeitung", die die Republik nur als "Unrechtsstaat" kennen will.

Absurditäten

Der damalige Leiter des **Hannah-Ahrendt-Institutes für Totalitarismusforschung Gerhard Besier** schrieb: »Spätestens seit den Fällen des Geschäftsführers der Leipziger Olympia-Bewerbungsgesellschaft, **Dirk Thärichen**, und des Eiskunstlauftrainers **Ingo Steuer** muss einigermaßen unvoreingenommen festgestellt werden: Es ist absurd, zum Zeitpunkt des Fehlverhaltens noch sehr junge Menschen bis heute mit dem Stasi-Verdacht zu Fall zu bringen. ... Und es ist höchst problematisch, viele Jahre zurückliegende, strafrechtlich nicht relevante Vergehen durch gesellschaftliche Ächtung ahnden zu wollen«.

2014 - Freie Presse / 28.3.2014 / Krönung mit dem fünften Gold / *Aljona Savchenko und Robin Szolkowy* *beendeten in Japan ihre außergewöhnliche gemeinsame Karriere. / Unklar ist weiterhin die Zukunft / Wehmut kommt auf /*

Auch dank der fachlichen Kompetenz und der Kreativität ihres **Trainers Ingo Steuer** prägten Aljona Savchenko und Robin Szolkowy das Paarlaufen, setzten neue Maßstäbe. Deshalb bleibt der sehnliche Wunsch, dass der Coach seine Fähigkeiten nun auch weiterhin für das deutsche Eiskunstlaufen einsetzen kann. Doch diese Möglichkeit ist nicht gegeben, so lange für den Chemnitzer wegen seiner früheren Stasikontakte (als 17jähriger) keine Gelder aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden dürfen. Ein Beschluss, der fast 25 Jahre nach der politischen Wende dringend und vor allem im Interesse des deutschen Sports einer Revidierung bedarf.



profitieren", meinte der 47-Jährige. Er glaubt nicht mehr daran, dass der deutsche Sport für ihn noch einen Platz hat. Zu viele Vorstöße des Verbandes endeten bei der starren Haltung des Bundesinnenministeriums, das für ihn wegen seiner früheren Stasikontakte keinerlei öffentliche Gelder freigibt.

2005 - Noch in Erinnerung der Fall Thärichen. der Wachsoldat vor einem Haus der Stasi war, und dann, in Anlehnung an Springer & Co, Leipzigs Olympia unterwanderte?

In der Zeitung hieß es: Die **Staatsanwaltschaft Leipzig** stellt nun, nach 15 Monaten, das Ermittlungsverfahren gegen den Leipziger Olympia-Manager Dirk Thärichen ein. Ein "Freispruch" erster Klasse heißt es dazu in einer sid-Agentur- Meldung am gleichen Tag. So weit, so gut. Freisprechen sollte man aber keinesfalls die Journaille, die damals schon eine durchsichtige Anti-Ost Kampagne startete und auslebte. Allen voran die Kalten Krieger aus dem Hause Springer und ihre eilfertigen Nachbeter in manch anderem "Heiiimatsendern". Unvergessen bleibt, dass man am Anfang, wie konnte es bei der Thematik auch anders sein, gegen Thärichen die Stasi-Keule einsetzte. "Die Welt", 4.10.03: "Leipzig 2012: Die Stasi spielt

mit". Später erfand man "unsaubere Geschäftspraktiken". Keinen Freispruch in dieser Sache sollten auch Zielzuweiser für die Kampagneführenden Zeitungen wie M. Beleites von der sächsischen "McCarthy-Behörde" erfahren, die sich bei solch einer Angelegenheit gern in Szene setzen um ihre Unabkömmlichkeit nachzuweisen.

Foto: Dirk Thärichen, Bild: MDR/Marco Prosch / 2011

Ellen Brombacher: Ich weiß sehr genau, worüber ich hier rede. Es ist langsam genug mit der Denunziation

Und niemand soll kommen und erzählen, es sei ja bei Holm nicht darum gegangen, dass er sich für das MfS verpflichtet hatte, sondern um sein Versäumnis, an der richtigen Stellen ein Kreuzchen zu machen. Ich weiß sehr genau, worüber ich hier rede.

Am 5. März 1990 habe ich – aus freien Stücken – einen Arbeitsvertrag als Küchenhilfskraft in einer Kinderkombination unterschrieben. Meine Kolleginnen und Kollegen wussten, dass ich in der DDR, bis Ende Februar 1990, leitende Funktionen innehatte, in der FDJ und in der SED. Ich habe nichts verschwiegen, wollte es nicht und hätte es auch nicht gekonnt. In kürzester Zeit hatte ich einen vertrauensvollen Kontakt mit den Kolleginnen und dem einen Kollegen, auch mit den Erzieherinnen. Meine Arbeit habe ich unbeanstandet gemacht. Ich kam gut zurecht und ging – so merkwürdig das klingen mag – gern in die Kinderkombi, so hieß das damals noch. Im Herbst 1991 lud mich das Bezirksamt zu einem Evaluierungsgespräch ein. Dieses Gespräch war ausschließlich eine Gesinnungsprüfung. Kein einziger konkreter Vorwurf wurde erhoben. Es war eine Farce.

Meine Kolleginnen warteten auf mich, auch die von der Frühschicht, die eigentlich schon Feierabend hatten. Ich erzählte ihnen, wie es gewesen ist und sie meinten, da könne ich ja wohl bleiben. Man habe mir ja nichts Konkretes anlasten können. Ich sagte ihnen, dass sie mich feuern würden, weil es ums Prinzip ginge. Eine ehemals leitende SED-Funktionärin dürfe nicht im öffentlichen Dienst arbeiten, auch nicht Geschirr abwaschend. Sie glaubten mir nicht.
Dann kam am 21.Oktober 1991 das Kündigungsschreiben. Das ist nun ein Vierteljahrhundert her. Und es ist Zehntausenden so gegangen wie seinerzeit mir und jetzt Andrej Holm; egal ob Küchenhilfskraft oder Staatssekretär. Egal, ob Kreuzchen an der richtigen Stelle gemacht oder nicht.
Wie lange soll das noch so weitergehen und wie lange will meine Partei damit noch so umgehen?

In einem Offener Brief an Landesvorstand der Partei DIE LINKE.Berlin
Es ist an der Zeit, dass unsere Partei in punkto Umgang mitder Geschichte einen grundlegenden Politikwechsel einleitet.Es ist langsam genug mit der Denunziation der Überzeugungen sehrvieler Menschen, die ihre guten Gründe hatten, für die DDR zu arbeiten.

Ellen Brombacher ist Mitglied des Berliner Flüchtlingsrates sowie der Partei Die Linke und Delegierte des Bezirkes Berlin-Mitte zum Bundes- und Landesparteitag. Sie ist Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform in der Partei die Linke. / Rosa Luxemburg- Konferenz 2017 / 13.1.2017 / Fotos: Andreas Domma / Foto: imago/Christian Ditsch

Das System Knabe & Co. kennt kein Pardon

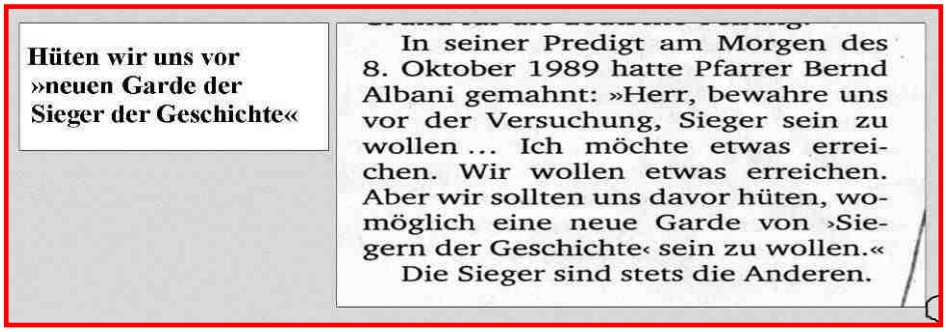
Zur Causa Andrej Holm der *Landesausschuss der Partei DIE LINKE.Berlin:... »Wir nehmen diese Debatte zum Anlass, unseren Prozess zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Geschichte unserer Vorgängerpartei zu intensivieren und die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen im Austausch mit Verbänden und Fachleuten anzugehen.«*

Wird das System Knabe & Co. das zufrieden stellen?

Pfarrer Bernd Albani in Heiße Oktobertage 1989 an der Gethsemanekirche in Berlin:

Hüten wir uns vor einer neuen Garde der Sieger der Geschichte

Im Hass gefangen verlieren sie alle Maßstäbe



Hüten wir uns vor »neuen Garde der Sieger der Geschichte«

In seiner Predigt am Morgen des 8. Oktober 1989 hatte Pfarrer Bernd Albani gemahnt: »Herr, bewahre uns vor der Versuchung, Sieger sein zu wollen ... Ich möchte etwas erreichen. Wir wollen etwas erreichen. Aber wir sollten uns davor hüten, womöglich eine neue Garde von ›Siegern der Geschichte‹ sein zu wollen.«
Die Sieger sind stets die Anderen.

Die fanatische Bekämpfung des Andenkens an die DDR bleibt ihr Lebenselixier. **Es hilft keine vielleicht noch so gut gemeinte Verbeugung. Wie seinerzeit in Thüringen, auf die sich nun manche der "Berliner Holm- Aufklärer" berufen. Die Knabe & Co. haben die Geschichtsvermittlung bereits kolonialisiert. Die nach 89 Geborenen sollen in ihrem Sinne missioniert werden.**

DIE LINKE. THÜRINGEN | THÜRINGEN SPD | BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgespräches zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD

Wir verständigen uns darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Die Parteien werden keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden. Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen. Mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, hält die Erklärung für unglaubwürdig und ungenügend. »Das ist ein rein taktisches Manöver«, sagte er der »Mitteldeutschen Zeitung«. Die Basis der LINKEN in Ostdeutschland sehe das ganz anders. Es müsse von der gesamten LINKEN eine klare Distanzierung von der DDR geben. Der Vizevorsitzende der Union im Bundestag Arnold Vaatz sprach von Lippenbekenntnissen. »An der Grundhaltung der Partei hat sich überhaupt nichts geändert.«
nd/Agenturen

Das, was im Nachfolgestaat des sogenannten Dritten Reiches im Umgang mit den meisten Nazis die Normalität war, sie nämlich nicht zu belangen für ihre direkte oder indirekte Teilnahme an den monströsen Verbrechen der deutschen Faschisten in beinahe ganz Europa, ist im Umgang mit jenen, die der DDR dienten, unvorstellbar. Um jedes Missverständnis zu vermeiden: Die – mit der Tendenz zur Gleichsetzung – permanent vorgenommenen Vergleiche zwischen Hitlerdeutschland und der DDR sind total inakzeptabel. Ja, es hat in der DDR Unrecht gegeben, Willkür auch und also Opfer von Unrecht und Willkür – von Fehlern und Fehlentwicklungen ganz zu schweigen. Das unterschied die DDR von der **Bundesrepublik Deutschland, in der es angeblich kein Unrecht gab oder gibt, keine Willkür und also keine Opfer, keine Fehler und schon gar keine Fehlentwicklungen – sieht man von ein paar Kleinigkeiten ab. So von der Tatsache, dass seinerzeit Globke, Kiesinger und zigtausende andere einst leitende Faschisten in wiederum leitenden Positionen die bundesrepublikanische Demokratie mit gestalten durften, so von heutzutage legal operierenden Nazi- Organisationen, so von diversen Kriegseinsätzen der Bundeswehr oder auch von den Mietpreisen.**

Fanatische Hassprediger kennen nur Parteigänger oder Todfeinde. Pardon wird nicht gegeben! Akzeptiert wird nur, wer ins Raster passt.

Es wird gern getönt: Die vollendete Deutsche Einheit sei Vorbild für andere Völker und Länder - Heuchler, sprecht in diesem Zusammenhang nicht vom Vorbild Deutschland. Gemessen an den Verheißungen und Versprechungen des Jahres 1990 ist der Prozess des deutsch-deutschen Zusammenwachsen gescheitert.
Weil Deutschland die Abrechnungsbegeisterung institutionalisiert hat, ist die Aussicht auf Sachlichkeit stark getrübt. Denn diese Ämter, wie auch Forschungsgruppen sowie Landesbeauftragte, einschlägige Gedenkstättenleitungen... sind mit dem Ziel der Einseitigkeit ins politische Leben getreten. Von dieser Einseitigkeit raucht der Schornstein bei Tausenden dort Angestellten. Sie leben von ihr und wachen dementsprechend über sie.

Was wird BEDEUTSAM für unser Land? - Sahra Wagenknecht im nd- Interview (23.01.2017) über Rot-Rot-Grün

Rot-Rot-Grün wäre aber die einzige realistische Konstellation, um die konservative Dominanz zu durchbrechen?

Wenn eine Bundesregierung unter Beteiligung der LINKEN auch nichts Besseres macht als neoliberale Politik, wenn sie Lohndrückerei durch Leiharbeit, Werkverträge und Dauerbefristungen nicht verbietet, wenn sie nichts gegen Rentenarmut und für ein gerechteres Steuersystem tut, dann enttäuscht sie ihre Wähler. Dann wären wir nach einer Legislatur keine relevante Kraft mehr. Wir sollten uns daher nicht auf eine Regierungsperspektive fixieren. Denn die Politik der nächsten Regierung wird auch davon abhängen, wer in Zukunft die Opposition dominiert: Also ob es eine starke LINKE gibt und eine schwächere AfD - oder umgekehrt.